

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 03. Okt. 2016

Anfrage

Wie kann die Landeshauptstadt die Situation der Flüchtlinge erleichtern?

München ist die Stadt, die mit dem großartigen Umgang ihrer Bürger, der Verwaltung, der Polizei und anderen Einrichtungen mit den tausenden Geflüchteten, die in der Stadt ankamen, weltweit Beachtung und Anerkennung fand. Diese Kultur des „refugees welcome“ sollte uns Verpflichtung im Alltag auch jenseits solcher Extremsituationen sein.

Nun machen seit Anfang September eine Gruppe ebenso verzweifelter wie engagierter Geflüchteter auf einem kleinen Areal am Sendlingertorplatz auf ihre insgesamt unwürdige Situation aufmerksam. Sie weisen darauf hin, dass sie teilweise seit vielen Monaten in Lagern isoliert auf ihre Verfahren warten. Sie machen darauf aufmerksam, dass ihre Asylanträge teilweise aus nicht nachvollziehbaren Gründen abgelehnt werden. All dies findet nun auch seinen gesetzlichen „Segen“ durch den Entwurf des „Bayerischen Integrationsgesetzes“ und durch das vor der Sommerpause noch verabschiedete Bundes-Integrationsgesetz: durch beides wird in vielerlei Hinsicht die Situation für Geflüchtete immer unerträglicher, die Angst vor einer drohenden Abschiebung kommt oftmals hinzu.

Um auf diese Situation, die den meisten Bürgern verborgen bleibt, öffentlichkeitswirksam aufmerksam zu machen, und um aus ihrer so empfundenen Isolation herauszukommen, wurde von den Geflüchteten die Form eines Protestcamps gewählt. Es geht ihnen um einen gesicherten Status – Bleiberecht – sie möchten weg von der Fessel der „Residenzpflicht“. Wie können wir Münchner zeigen, dass wir Verständnis für diese Wünsche haben?

Wir fragen daher den Oberbürgermeister:

1. Welche Möglichkeiten bestehen, um über die Vertretungen im Bayerischen und Deutschen Städtetag angemessene Veränderungen im Asyl- und Aufenthaltsrecht zu bewirken?
2. Wie kann die Stadt in ihrem Wirkungskreis in Zusammenarbeit mit der Regierung von Oberbayern eine vernünftige, möglichst dezentrale Unterbringung von Geflüchteten realisieren?
3. Wie kann die Stadt in ihrem Wirkungskreis – Ausländerbehörde/Kreisverwaltungsreferat – für ein humaneres Vorgehen bei „aufenthaltsbeendende Maßnahmen“ sorgen?

Cetin Oraner (DIE LINKE), Brigitte Wolf (DIE LINKE)

Stadtratsgruppe DIE LINKE.

Rathaus, Marienplatz 8 • Stadtratsbüro: Zimmer 176 • 80331 München
DIE LINKE: Telefon: 089 / 233 – 2 52 35 • E-Mail: info@dielinke-muenchen-stadtrat.de